



Suchergebnisse: Schuldige

1589 – Auch Ingolstadt wird vom Hexenwahn ergriffen

Ingolstadt * Im Zuge der großen Hexenverfolgungen im Herzogtum Bayern wird auch Ingolstadt vom Hexenwahn ergriffen. Mehrere unschuldige Frauen werden verhaftet, verhört und gefoltert. Bis zum Jahr 1592 werden in Ingolstadt 13 unschuldige Frauen als Hexen zum Tode verurteilt.

24. Juli 1589 – Alle bösen Leute und Unholden sollen umgehend verhaftet werden

München - Schongau * Herzog Ferdinand befiehlt seinem Landrichter, alle bösen Leute und Unholden, denen er habhaft werden kann, umgehend zu verhaften. Ihre Wohnungen sollen nach Salben, Amuletten, wächsernen und durchstochenen Bildern, menschliche Knochen und ähnlichen Zaubermitteln durchsucht werden. Benennen die Angeklagten freiwillig Mitschuldige, soll man ihnen einen Straferlass versprechen. Den Grund dafür, weshalb der böse Feind an Macht gewonnen hat, sieht der Herzog im Zusammenhang mit dem sündhaften Leben der Untertanen. Nur deshalb lässt Gott dem Teufel und seinen Werkzeugen freie Hand. Die Pfarrer und Prediger im Landgericht Schongau sollen deshalb das Volk zur Buße und Besserung des Lebens ermahnen. Herzog Ferdinand fordert zur Unterstützung der unerfahrenen bayerischen Hexenjäger den darin geschulten Nachrichten von Biberach an. Er soll die Verdächtigten auf Hexenmale untersuchen. „Dann wir gesinet, auf alle in Schwung geende und wachsende hochsträfliche Laster, sonderlich das ungeheuer Unholdwerckh ernstliche Inquisition und Straf furnehmen“.

11. August 1600 – Agnes Klostermüller wird elfmal aufgezo-gen

München-Graggenau * Die zwanzigjährige Agnes Klostermüller wird elfmal „aufgezogen“, davon zehnmal belastet mit einem fünfzig Pfund schweren Stein. Das Mädchen bleibt standhaft, obwohl ihm alle Glieder zerrissen werden. Nichts, außer der Beteuerung ihrer Unschuld, ist aus ihr herauszubringen. Vor dem Beginn der Folter spricht Hofrat Dr. Johann Simon Wagnereckh lateinische Verse und Psalme über sie, um sie zu „entzaubern“. Da hier der Name Jesus vorkommt, sagt Agnes Klostermüller: „sie wolle diesen Jesus nit [in dessen Namen man Unschuldige martert] sondern wolle den haben, der sie erschaffen und für sie am Stamme des Kreuzes gelitten“. Nach der Folter lässt man Agnes für etwa zehn Wochen in Ruhe.



1626 – Erste Stimmen der Jesuiten gegen die Verfolgung der Hexen

München * Selbst unter den Jesuiten gibt es erste Stimmen, die sich entschieden gegen die Verfolgung der Hexen aussprechen. Dazu gehört der Jesuitenpater Adam Tanner, der sich im dritten Band seines Werkes „Theologiae Scholasticae“ vehement gegen die Ansicht wehrt, dass Gott es zulassen würde, dass neben vielen „Schädlichen“ auch viele „Unschuldige“ sterben müssten. Tanner bejaht zwar die Existenz der Hexen, glaubt grundsätzlich an den „Teufelspakt“ und sieht in der Hexerei ein „todeswürdiges Verbrechen“, dem der Prozess zu machen sei. Er verlangt aber auch, dass bis zum Beweis des Gegenteils von der Unschuld der Angeklagten auszugehen sei. Geständnisse unter der Folter dürfen keine Begründung für einen Urteilsspruch sein. Seine Forderungen bringen dem Jesuiten Adam Tanner mannigfache Anfeindungen ein. Erboste Inquisitoren drohen ihm sogar die Folter an.

1655 – Bischof Albrecht Sigismund erwirbt das Schloss Ammerland

Ammerland * Der Freisinger Bischof Albrecht Sigismund erwirbt das Schloss und die Hofmark Ammerland am Starnberger See von Georg Konrad Freiherr von Lerchenfeld um 32.000 Gulden. Der Bischof hat ein Auge auf Ammerland geworfen. Aus Angst, bei Hofe in Ungnade zu fallen, verkauft Lerchenfeld - „nur ungern und aus schuldiger Rücksicht“ - das Anwesen.

16. November 1705 – Burghausen fällt den Aufständischen in die Hände

Burghausen * Burghausen kapituliert vor den Aufständischen. Sie ist die erste Stadt, die den Aufständischen in die Hände fällt. In den Kapitulationsverhandlungen verlangen die Unterländer, dass „der Landmann bei seinen alten Privilegien verbleibe, dass man von ihm nicht mehr fordere als unter dem Kurfürsten geschehen, damit die Bauern [...] ihre schuldigen Abgaben entrichten können; alle Bauernsöhne und Knechte sollen zu Hause verbleiben und allein zur Verteidigung des Landes dienen.“ Die Bauern erheben sich also zunächst nur gegen die allzu maßlosen Forderungen der Kaiserlichen Administration, nicht gegen die Besatzungsherrschaft. Weil sie zu Verteidigung der Heimat bereit sind, wehren sie sich gegen den Missbrauch der Landfahnen zum kaiserlichen Militärdienst. Die Aufständischen verstehen sich als „ganze Gemein der Kurlande Baiern“. Um ihnen die Legitimation des gesamten Kurfürstentums zu geben, wird der Regierungsrat Franz Bernhard von Prielmayer zum Kriegskommissär der Landesdefension gezwungen. Prielmayer versucht mäßigend auf die Aufständischen einzuwirken. Doch der Erfolg der Rebellen verändert deren Ziele, weshalb sie



schon bald die Beseitigung der Kaiserlichen Administration fordern, weil sie für die „unerträglichen Lasten“ verantwortlich zeichne.

19. Dezember 1705 – Die Kaiserliche Administration befiehlt, die Waffen niederzulegen

München * Die Kaiserliche Administration erlässt ein Mandat, in dem sie der „rottirten rebellischen Burschaft“ befiehlt, die Waffen niederzulegen. Zudem sollen die Bauern die Anführer der Aufstandsbewegung zur Anzeige bringen. Die Kaiserliche Administration warnt davor, „daß diejenige Dörffer, Höf und Häuser, wo die Bauerschaft sich abwesend befindet, ohne alle Gnad und Bedenken verbrennet und in Asche geleet, diejenige Mannschaft aber, so in Wöhr und Waffen verblieben, und darinne erdappet werden wird, als Rebellen angesehen, und mit Galgen und Schwerdt, Vertreibung ihrer Haab und Gütter gestrafft“ werden. Auch die Eltern der Aufständischen würden „der Straff des Brands und Plünderung, als wann sie selbst dabey wären, underworffen seyn“. Keiner könne sich damit entschuldigen, nur unter Zwang gehandelt zu haben.

23. Dezember 1705 – Der Freisinger Bischof warnt vor einem Aufstand

Freising * Der Freisinger Fürstbischof Johann Franz Eckher ordnet in einem Rundschreiben an, dass alle Pfarrer ihre Pfarrkinder vor einem höchst schädlichen Aufruhr warnen sollen, da dieser dem schuldigen Gehorsam gegen die Obrigkeit widerspricht. Der Aufruhr wird „unausbleiblich“ die Strafe Gottes nach sich ziehen. Der Fürstbischof hat als eigenständiger Reichsfürst keinen Anlass, mit den Ambitionen des Kurfürsten zu sympathisieren.

28. Dezember 1771 – Der Feiertag der Unschuldigen Kinder wird letztmals gefeiert

München * Der Feiertag der Unschuldigen Kinder wird letztmals gefeiert. Er wird am 14. Dezember 1772 durch eine vorausgehende päpstliche Breve vom 16. Mai 1772 abgeschafft.

16. Mai 1772 – Die Menschen sollen arbeiten, nicht feiern!

München - Rom-Vatikan * Papst Clemens XIV. hebt auf Bitten der baierischen Regierung zwanzig kirchliche Feiertage auf. Bisher gibt es 124 Sonn- und Feiertage, die sich aufteilen in 52 Sonntage, 53 übliche und 19 gebotene Feiertage, was im Schnitt einer



Fünf-Tage-Woche entspricht. Abgeschafft werden acht Apostelfeste, dazu die Festtage der Heiligen Anna (26. Juli), Laurentius (10. August), Michael (29. September), Johann Evangelist (27. Dezember), Georg (23. April), Magdalena (22. Juli), Martin (11. November), Katharina (25. November), Nikolaus (6. Dezember), Unschuldige Kindlein (28. Dezember). Dann noch der Osterdienstag und der Pfingstdienstag. Mit der Aufhebung der Feiertage entfällt die Verpflichtung zum Besuch der heiligen Messe am Vormittag und das Fastengebot am Vorabend. Andererseits müssen an den aufgehobenen Feiertagen die Werkstätten und Läden geöffnet werden. Weil die Einhaltung der Verordnung nicht überprüft wird, wird sie auch nicht eingehalten.

27. Dezember 1798 – Das Hundeverbot in den Kirchen wird erneuert

München * In einer Polizei-Erinnerung wird erneut verboten, Hunde in die Kirche mitzubringen. Begründet wird das Verbot mit der schuldigen Ehrerbietung in den Gott geheiligten Häusern.

29. Oktober 1805 – Baierns Kurfürst muss sich beim französischen Kaiser entschuldigen

Würzburg - München * Der bayerische Kurfürst Max IV. Joseph trifft aus Würzburg kommend in München ein und muss sich für seine Verzögerung beim französischen Kaiser entschuldigen.

1843 – Der Münchner Bierkrawall von 1843

München-Graggenau * Ausführlichere Nachrichten liegen erstmals über den Münchner Bierkrawall von 1843 vor. Der Maler und Schriftsteller Friedrich Pecht erinnert sich später: „Ganz charakteristisch für München hatten sie als Veranlassung eine unbedeutende Erhöhung des Bierpreises, welche aber die Massen sehr verbitterte.“ Der Preisanstieg beendet eine längere Phase guter Ernten, niedriger landwirtschaftlicher Rohstoffpreise und weitgehend ausgebliebener Naturkatastrophen. Nun verteuert sich das Getreide so stark wie seit den Hungerjahren 1816/17 nicht mehr. Getreidehändler aus Württemberg, Baden und sogar aus der Schweiz kommen zur Münchner Schranne und bieten hohe Preise für Gerste, Roggen, Weizen und Hafer. In ihren Herkunftsregionen führen schwere Unwetter, anhaltender Regen, Hagelschlag und frühe Nachfröste zu erheblichen Ernteaussfällen und Getreidemangel. Für die Münchner Biertrinker sind dennoch schnell Schuldige gefunden: die Brauer. Dass diese für Gerste plötzlich bis zu dreimal so viel bezahlen müssen wie noch im Vorjahr und die gestiegenen Rohstoffkosten an ihre Kunden weitergeben, findet in der aufgebrachten Bevölkerung wenig Beachtung. Im Bockkeller an der Münzgasse kommt es schließlich zum ersten überlieferten Münchner Bierkrawall. Bei den



Ausschreitungen wird mindestens eine Person schwer verletzt.

5. Mai 1844 – Eine vermeintlich „geordnete“ Revolte

München * Der Bierkrawall von 1844 erscheint in manchen zeitgenössischen Schilderungen beinahe als vergleichsweise geordneter Aufstand. Angesichts zweier Todesopfer lässt sich das Geschehen jedoch kaum als harmlose, aus dem Ruder gelaufene „Riesengaudi“ abtun. Aufseiten der Ordnungskräfte kommt ein Soldat der Schweren Reiterei ums Leben. Die Aufständischen betrauern einen Bürger, der nach den Worten eines Chronisten von einem Gendarmen „mehr gegen dessen Absicht im Gewirr und eigentlich ganz unschuldigerweise mit dem Bajonett erstochen ward“. Der bekannte Stenograf Franz Xaver Gabelsberger schildert den Ablauf in einem Brief an einen Verwandten. Seiner Darstellung zufolge richtet sich die Gewalt gezielt gegen den Besitz der Brauer, während anderes Privateigentum weitgehend verschont bleibt: „Die Revolte wegen dem Biere lief, wenn man so sagen darf, mit einer solchen Ordnung und echt bayerischer Besonnenheit ab, daß außer den Brauhäusern, auf welche der derbe Unwille der Volksmasse und des Militärs selbst gerichtet war, keines Menschen Eigentum beschädigt oder gefährdet war. In den Brauern gehörenden Häusern blieb allerdings kein Fenster bis in den dritten Stock hinauf, keine Türe, kein Laden, kein Tisch noch Stuhl, kein Ofen noch Uhr, kein Geschirr usw. mehr ganz. Es ging alles auf Kommando und in zehn Minuten war der Volkshaufen mit dem Haus fertig, die Gendarmen durften sich kaum in die Nähe wagen, und bis das Militär kam, waren sie gewöhnlich schon an jedem Platz fertig. Diese Geschichte ging schon vor acht Uhr abends an, und bis die Soldaten zum Zapfenstreich nach Hause kamen, war das meiste schon abgetan und viele hatten fleißig mitgewirkt. Dies wiederholte sich drey Tage lang, bis die Bekanntmachung angeschlagen wurde: Die hiesigen Bräuer haben sich erklärt, das Bier um sechs Kreuzer verleiten zu wollen! Auch das Brot, nachdem auch Bäckern die Fenster eingeworfen worden waren, wurde gleich um vieles größer. Und da das Volk nichts anderes wollte, als wohlfeileres Bier und Brot, wohl einsehend, daß die Teuerung nur eine wucherische und erkünstelte war, so ist seitdem nun wieder alles vollkommen ruhig!“ Gabelsbergers Brief macht deutlich, dass viele Zeitgenossen die Ausschreitungen nicht als politischen Umsturzversuch, sondern als gezielten Protest gegen die Verteuerung von Bier und Brot verstehen. Seine Schilderung von „Ordnung“ und „Besonnenheit“ darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Menschen sterben, zahlreiche weitere verletzt werden und erhebliche Sachschäden entstehen.

8. Oktober 1846 – Der König und die Skandalnudel Lola Montez



München * Die spanische Tänzerin Lola Montez hat einen Termin bei König Ludwig I.. Dieser fordert zur Audienz einen Bericht über das Vorleben der Tänzerin an, in dem er lesen kann: „Dem allerhöchste Befehle vom 6. d.M. pflichtschuldige Folge leistend berichtet der treuehorsaamst Unterzeichnete Euer Koeniglichen Majestät allerdevotest, wie die spanische Tänzerin Lola Montez dadurch öffentlich Anstoß erregte, dass sie, den Mittheilungen mehrerer Zeitungen zufolge, in einem Gasthofe zu Berlin einem ihr gegenüber sitzenden Offizier, der ihr mit übergroßer Freundlichkeit zu begegnen bemüht war, ein Champagnerglas an den Kopf warf, dass sie ferner, ebenfalls Nachrichten zufolge, einem bei der Revue in Berlin sie zurechtweisenden Polizeicommissär mit der Reitgerte übers Gesicht hieb, worauf sie mit 14-tägigem Arrest bestraft wurde, und dass sie endlich in Warschau dem Publikum, das ihren Kunstleistungen den gewünschten Beifall nicht zollte, von der Bühne herab mit begleitendem Gestikulieren den hinteren Theil ihres Körpers zuwandte“?. Der König will sich von der Skandalnudel ein eigenes Bild machen. Bei dieser Audienz soll sich Lola Montez, „als der König einigen Zweifel über die Realität der ersichtlichen Wölbung ihres Busens andeutet“?, eine Schere genommen und sich damit „das Kleid vor der Brust aufgeschnitten“ haben. Der 60-jährige Bayernkönig ist augenblicklich Feuer und Flamme für die exotische Schönheit. Er engagiert die als erotisches Feuerwerk bekannte Tänzerin unverzüglich und erlässt eine Anweisung, dass die Tänzerin in den Zwischenaufzügen des Lustspiels „Der verschwundene Prinz“ spanische Tänze in spanischer Tracht darbieten soll.

9. Mai 1873 – Der Beginn des modernen politischen Antisemitismus

Deutsches Reich * Die durch den Gründerkrach ausgelöste schwere Wirtschaftskrise führt dazu, dass viele Menschen nach Schuldigen suchen. Antisemiten behaupten nun, Juden seien für wirtschaftliche Probleme verantwortlich: jüdische Bankiers und Unternehmer sind für den Börsenboom verantwortlich, Juden kontrollieren die Wirtschaft, Juden profitieren auf Kosten der deutschen Bevölkerung. Für diese Behauptungen gab es keine sachliche Grundlage. Dennoch finden sie in der Krisenzeit bei manchen Menschen Anklang. Bis dahin waren Vorurteile gegenüber Juden meist religiös begründet gewesen. Nun ist etwas Neues entstanden: Juden werden als angeblich fremde „Rasse“ dargestellt. Ihre vollständige Integration wird infrage gestellt. Antisemitismus wird zu einem politischen Programm.

1899 – Das Kaufhaus Hermann Tietz wird als erstes Kaufhaus eröffnet

München * Das Kaufhaus Hermann Tietz, der spätere Hertie, wird als erstes Kaufhaus in München eröffnet. Der Kaufhausbesitzer muss sich mehrmals vor Gericht den Anschuldigungen



der Antisemiten erwehren, dass er durch ihre niedrigen Löhne die Verkäuferinnen zur Prostitution treiben würde. Das bringt zwar den Anschuldigern hohe Geldstrafen ein, hat aber auch Auswirkungen auf das Geschäft des Warenhauses Tietz.

30. Juli 1914 – Russland erklärt die Generalmobilmachung

Moskau * Zar Nikolaus II. wird von seinem Außenminister zur Generalmobilmachung überredet. Die Münchner Neuesten Nachrichten berichten am Nachmittag: „Der russische Botschafter hat dem Grafen Berchtold die Mitteilung gemacht, dass die russische Regierung eine bindende Erklärung, die Neutralität zu wahren, nicht geben kann. Infolgedessen steht die allgemeine Mobilisierung der österreichischen Armee innerhalb der nächsten Tage zu erwarten.“ Damit ist der entscheidende Schritt zum Großen Krieg getan und ein Schuldiger gefunden. Denn zu diesem Zeitpunkt ging es nur noch um die Frage, welche Macht als Erste mobilmachen würde. Sämtliche nun folgenden politischen Aktivitäten der beteiligten Regierungen sind ausnahmslos darauf ausgerichtet, der jeweils anderen Seite die Schuld an der kommenden Katastrophe zuzuschieben. Die Öffentlichkeit soll erkennen und davon überzeugt werden, dass man zu einem Verteidigungskrieg gezwungen worden ist. Und Russland hat damit - aus deutscher Sicht - eindeutig und zweifelsfrei seine Bereitschaft zum Krieg gezeigt.

19. November 1918 – Maßnahmen zur Belebung des revolutionären Geistes

Berlin - München * Der bayerische Gesandte in Berlin, Friedrich Muckle, berichtet an den bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner von einem Gespräch mit dem Publizisten und Journalisten Maximilian Harden über die Belebung des revolutionären Geistes. Sie fordern die Säuberung der Reichsregierung von allen unfähigen Elementen, die sofortige Veröffentlichung der Geheimakten, die Verhaftung der Schuldigen und die Einführung eines Staatsgerichtshofs zu deren Aburteilung. Wenn die Berliner Reichsregierung auf diese Forderungen nicht eingeht, so sollte der „Abfall des Südens“ zumindest angedroht werden. Denn: „Preußen hat uns in das Unglück des Krieges gestürzt, es soll uns nicht noch tiefer in den Abgrund, aus dem wir herauszuarbeiten suchen, hinab drücken.“

7. Dezember 1918 – Der Blutige Freitag im Spannungsfeld der Propagandisten

Berlin * Für die bürgerlichen Parteien sind die Schuldigen an den Vorgängen vom Vortag schnell gefunden: „Die blutigen Krawalle sind anscheinend durch Pläne und Unternehmungen der



Spartacus-Leute und der mit ihnen verbündeten Elemente verursacht worden, deren Ziel der Sturz der Regierung Ebert-Haase war.“ Für die Linken erklärt Karl Liebknecht: „Es ist gar nicht mehr zu leugnen, dass der Putsch des gestrigen Tages von der Regierung inszeniert worden ist, denn es muss doch dem Harmlosesten auffallen, dass die Ereignisse des blutigen Freitags alle miteinander in Zusammenhang stehen.“ Es lässt sich weder ein Spartakusputsch noch eine Beteiligung oder Mitwisserschaft der MSPD-Spitze an einem Putschversuch nachweisen. Doch die Faktenlage stört in dieser aufgeheizten Stimmung die Propagandisten weder von Rechts noch von Links.

4. Januar 1919 – Das Vorläufige Staatsgrundgesetz der Republik Bayern wird beschlossen

München-Kreuzviertel - Freistaat Bayern * Das Vorläufige Staatsgrundgesetz der Republik Bayern wird beschlossen. Es bildet die Grundlage der Landtagswahlen am 12. Januar 1919. In der Präambel zur Republik heißt es: „In der Stunde höchster Not aber, raffte sich dieses ohnmächtige Volk auf, zertrat in gewaltiger revolutionärer Erhebung das schuldige System der Vergangenheit und riß die Macht an sich. Das politisch ohnmächtige Volk wurde durch die Revolution das freieste“. Der Freistaat Bayern wird von einem Einkammersystem und einem Kabinett gemeinsam regiert. Dem Kabinett steht die oberste vollziehende Gewalt zu. Ihm bleibt außerdem das Recht vorbehalten, innerhalb von vier Wochen eine Volksabstimmung über jedes vom Parlament verabschiedete Gesetz zu verlangen. Im Artikel 7 des Staatsgrundgesetzes heißt es dazu: „Entscheidet die Volksabstimmung gegen den Landtag, so ist er aufzulösen. Entscheidet sie gegen das Gesamtministerium, so hat es zurückzutreten.“ Im Staatsgrundgesetz wird auch festgelegt, dass das Unterrichtswesen in Bayern ab sofort eine staatliche Angelegenheit ist. Der Religionsunterricht ist damit nicht mehr eine allein den Glaubensgemeinschaften obliegende Angelegenheit, die Abschaffung der Adelstitel, die Einführung des Frauenwahlrechts. Dass die Räte im Vorläufigen Staatsgrundgesetz mit keinem Wort erwähnt werden, ist den Liberalen und dem rechten Flügel der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu verdanken. Der Artikel 17 bestimmt: „Bis zur endgültigen Erledigung des Verfassungsentwurfs, der dem Landtag sofort nach seinem Zusammentritt vorgelegt werden muss, übt die revolutionäre Regierung die gesetzgebende und vollziehende Gewalt aus.“ Dadurch kann die Eisner-Regierung auf legaler Grundlage die Herrschaft über Bayern auch noch nach der Wahl am 2. Februar 1919 in der Rheinpfalz ausüben.

29. Januar 1919 – Die Freisinger Erklärung der bayerischen Bischöfe

Freising * Für den Münchner Erzbischof Michael von Faulhaber ist Kultusminister Johannes



Hoffmann ein „ausgesprochener Kulturkämpfer und Kirchenhasser“. In ihrer Freisinger Erklärung fassen die Bischöfe ihren „flammenden Protest“ zusammen und prangern in einem Hirtenbrief die Maßnahme als „Fehdehandschuh gegen den Herrn selbst“ an. Der Hirtenbrief beginnt so: „Herodes der Kindermörder ließ die unschuldigen Kinder von Bethlehem hinschlachten. Unbekümmert um das Weinen und Wehklagen der Mütter, unbekümmert um das Todeswimmern der sterbenden Kinder, ließ er an wehrlosen Kindern seine Wut aus, um mit ihnen den neugeborenen König der Juden, den vermeintlichen Anwärter seines Thrones aus dem Weg zu schaffen.“ In einer extrem polemischen und ehrverletzenden Art geht es weiter: „Geliebte Erzdiözesanen! Am letzten Montag ist im Volksstaate Bayern eine Verordnung ergangen, die vor dem Richterstuhl Gottes schwerer wiegt als der Blutbefehl des Herodes. Durch eine Verordnung des Unterrichtsministers wurde der Religionsunterricht in allen bayerischen Schulen als Pflichtfach abgesetzt und als Wahlfach der Willkür der Eltern und Vormünder ausgeliefert.“

30. April 1919 – Flugblätter über München: „Kopf hoch und Mut! Hilfe naht“

München * Über München kreisende Flugzeuge werfen Flugblätter mit Durchhalteparolen ab: „[...] Kopf hoch und Mut! Hilfe naht, die Euch vom russischen Terror und Schrecken des Bolschewismus befreien wird“. Ein anderes Flugblatt informiert darüber, dass München von bayerischen Truppen umstellt ist und fordert die Bevölkerung auf: „Hört die Stimme der Vernunft! Lasst ab vom bewaffneten Widerstand. Meidet die Straßen und Plätze, damit das Blut Unschuldiger nicht vergossen wird. Die Truppen der Regierung brechen schonungslos jeden bewaffneten Widerstand, um der Not Aller ein Ende zu machen. Lebensmittel, Kohlen, Rohstoffe stehen zur Einfuhr nach München bereit. gez. Hoffmann, Ministerpräsident“

1. Mai 1919 – Es kommt in der Innenstadt zu Kämpfen und Verwüstungen

München * Obwohl der Einmarsch der Weißen Truppen in München erst für den nächsten Tag, pünktlich zur Mittagsstunde vorgesehen ist, kommt es bereits am 1. Mai in der Innenstadt zu Schießereien, Kämpfen und Verwüstungen. Wie, wann und wo sich die kriegsähnlichen Auseinandersetzungen entzünden, lässt sich heute nicht mehr eindeutig feststellen. Die Regierungstruppen werden auf ihrem Weg in den Stadtkern jedenfalls nicht von den Roten angegriffen oder aufgehalten. Hinterher wird gerne behauptet, die Freikorpstruppen hätten sich aufgrund der durchsickernden Informationen über den Geiselmord nicht mehr zurückhalten lassen und wären auf eigene Faust losgestürmt. Doch das ist nur eine nachträgliche Entschuldigung für eine nicht zu entschuldigende Disziplinlosigkeit auf Seiten der Weißen Truppen.



2. Mai 1919 – München wird von den Regierungstruppen eingenommen

München * München wird nach harten Kämpfen gegen die sich erbittert verteidigenden Roten von den Regierungstruppen genommen. Bis zum Abend ist die Rote Armee geschlagen und die Stadtviertel von den Regierungstruppen militärisch besetzt. Die Militärs bereiten sich nun auf die bevorstehende „Säuberung und Befriedung“ vor. Für Giesing liest sich das dann so: „Da brechen sie in Häuser, durchsuchen die Wohnungen, die Keller, die Böden. Reihenweise schleift man die roten Schützen auf die Straße - stellt sie an die Wand. Und dumpf bricht sich das Krachen der Erschießungssalven an den Mauern“. Die Wirklichkeit ist oft noch viel grausamer. Nach dem Sieg über die Rote Armee durchkämmen die Weißen fast alle Häuser Haidhausens, der Au und Giesings. Über 5.000 Münchner, die irgendwie verdächtig erscheinen, werden verhaftet. Über eintausend, darunter viele unschuldige, oftmals denunzierte Menschen, müssen sterben. Die letzten Einheiten der Roten Armee werden am 4. Mai in der Umgebung von München zerschlagen. Vereinzelte Feuergefechte in der Stadt dauern noch bis zum 22. Mai an.

4. Mai 1919 – Instruktionen zum Mord

München - Perlach * Bei einer geheimen Offiziersbesprechung in München sagt Major Walter Schulz Folgendes: „Meine Herren, wer es jetzt nicht versteht, oder wer es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann, hier nur harte Arbeit zu leisten, der soll lieber gehen. Lieber ein paar Unschuldige mehr an die Wand, als nur einen einzigen Schuldigen entgehen zu lassen. [...] Meine Herren, Sie wissen ja selbst, wie Sie es machen müssen. Sie nehmen, den Betroffenen beiseite, erschießen ihn und geben Fluchtversuch oder tätlichen Angriff an.“

30. August 1922 – Konrad Adenauer widerspricht Kardinal Michael von Faulhaber

München * Der Präsident des Katholikentages, der damalige Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer, widerspricht Kardinal Michael von Faulhaber zwar erst drei Tage später, verwahrt sich aber immerhin öffentlich gegen diese Aussagen: „Es sind hie und da Äußerungen gefallen, die man sich aus Verhältnissen örtlicher Natur erklären kann, hinter denen aber die Gesamtheit der deutschen Katholiken nicht steht. [...] Es verrät Mangel an historischem Blick, die heutige Verfassung verantwortlich zu machen für die heutigen Zustände“. Denn, so Adenauer weiter: „Wenn im Herbste der Wind die Blätter von den Bäumen fegt, so ist der Wind nur der Anstoß, denn die Blätter waren alt und müde, und wenn der Sturm Äste und Bäume bricht, so war der Sturm bloß der Anstoß, denn die Bäume und Äste waren alt, denn wären sie nicht morsch und lebensschwach gewesen, so hätten sie den Sturm überdauert.“ Und der Rheinländer setzte noch



einen drauf, als er sagte: „Wie ich an das Walten einer Gerechtigkeit glaube, so glaube ich auch daran, daß etwas, was gut und stark ist, nicht untergehen kann“. Jetzt wird Kardinal Faulhaber richtig zornig. „Herr Oberbürgermeister“, herrscht der Münchner Erzbischof den späteren Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland wie einen Schuljungen an: „Sie haben unserem König nicht die schuldige Achtung erwiesen“. In einer Denkschrift hält Konrad Adenauer die Gefährlichkeit der Haltung und Auffassung des Kardinals in aller Deutlichkeit fest: „Die Haltung des Kardinals Faulhaber ist unverträglich mit den Interessen des deutschen Katholizismus. Er muß entweder eine grundsätzliche Schwenkung einnehmen oder dazu angehalten werden, sich jeder politischen Betätigung auf das Strikteste zu enthalten“.

5. März 1946 – Entnazifizierung durch die Spruchkammern

Amerikanische Besatzungszone * Aufgrund des amerikanischen Entnazifizierungsrechts, dem „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ werden diese Verfahren vor sogenannten „Spruchkammern“ durchgeführt. Die Kategorien waren: Hauptschuldige Belastete Minderbelastete Mitläufer Entlastete

15. Oktober 1948 – Adolf Hitlers Nachlass wird vor der Spruchkammer München geregelt

München * Um Hitlers Nachlass zu regeln, wird ein Verfahren vor der Spruchkammer München eingeleitet. Rechtsanwalt Otto Gritschneider übernimmt pro forma die Verteidigung des Ehepaares Adolf und Eva Hitler, geborene Braun, „in absentia“. Dabei wird der „Führer“ als Hauptschuldiger eingestuft und sein gesamtes Vermögen zugunsten des Landes Bayern eingezogen. Dazu zählen auch die Autorenrechte für „Mein Kampf“. Ein Antrag von Adolf Hitlers Schwester, Paula Wolf, auf Auszahlung des ihr im Testament des Bruders zugedachten Erbteiles wird vom Gericht abgelehnt und das Testament selbst für ungültig erklärt.

13. Dezember 1948 – Der Prozess gegen den Scharfrichter Johann Reichhart beginnt

München * Der Prozess gegen den Scharfrichter Johann Reichhart vor der Spruchkammer IV beginnt. Er wird als Hauptschuldiger angeklagt und nach zweitägiger Verhandlung als „belastet“ eingestuft und verurteilt.



Juni 1954 – Die Gewerkschaften schließen mit C&A Brenninkmeyer einen Vergleich

München * Die Gewerkschaften schließen mit C&A Brenninkmeyer einen Vergleich. Die Firma verzichtet auf eine Entschädigung von 250.000 DMark und die Gewerkschaften entschuldigen sich für die Beleidigungen in einem Flugblatt vom 20. Februar 1954. Und nachdem sich viele andere Groß- und Mittelbetriebe für Samstagnachmittags-Öffnungszeiten nach 14 Uhr aussprechen, bricht der Widerstand zusammen. Der „Ladenschluss-Krieg“ ist damit beendet.

2. Februar 1962 – ADAC fordert: „Weg mit diesem Mördern am Straßenrand“

München * In einem Leserbrief in der Süddeutschen Zeitung klagt der Allgemeine Deutsche Automobilclub - ADAC die „wahren Schuldigen am Massensterben auf den Straßen“ an: die Allee-bäume. Der ADAC fordert: „Weg mit diesem Mördern am Straßenrand.“

26. September 1980 – Das Oktoberfest-Attentat

München-Theresienwiese * Freitag, 22:19 Uhr: Am Haupteingang der Wiesn explodiert ein Sprengsatz. Der Feuerball unterbricht die ausgelassene Volksfeststimmung auf dem Oktoberfest und tötet 13 Menschen. 211 Personen werden verletzt, davon 68 schwer. „Menschen wirbeln durch die Luft, Blut spritzt, zerfetzte Gliedmaßen, unglaubliche Schmerzen und verzweifelte Schreie, die nur die hörten, denen nicht gleich das Trommelfell platzte“. Einer der Toten ist der Geologiestudent Gundolf Köhler (21). Als die Rettungskräfte am Tatort eintreffen, finden sie in einem Umkreis von bis zu 23 Metern Verletzte und Tote verstreut auf der Straße liegen. Die die Detonation begleitende Druckwelle ist gewaltig gewesen. Noch in der Nacht stehen für die Bayerische Staatsregierung die Schuldigen fest: Die RAF und linke Terroristen müssen für das Massaker verantwortlich sein. Ministerpräsident Franz Josef Strauß steht mitten im Wahlkampf. Er will Helmut Schmidt (SPD) als Bundeskanzler ablösen und hat sich selbst als starker Law-and-Order-Mann positioniert. Nun sieht Franz Josef Strauß seine Stunde gekommen. Er greift Innenminister Gerhard Baum (FDP) an, der für das Nachrichtenmagazin Spiegel eine Diskussion mit dem RAF-Anwalt und Ex-Terroristen Horst Mahler geführt hat. Strauß macht Baum für das Attentat mitverantwortlich, weil er den Terrorismus quasi salonfähig gemacht hat. Strauß fordert, dass sofort Flugblätter produziert werden, die Baum im Gespräch mit Mahler zeigen. Doch die Attacke gegen Links wird sich bald als Bumerang erweisen. Auf den Verdacht hin, dass es sich um einen Terrorakt handelte, leitet Generalbundesanwalt Kurt Rebmann zusätzlich ein Ermittlungsverfahren



gegen Unbekannt ein. Die Untersuchung liegt damit federführend beim Bund. Nach intensiven Beratungen mit Politikern, dem Polizeipräsidenten und den Veranstaltern entscheidet Oberbürgermeister Erich Kiesl noch mitten in der Nacht, das Oktoberfest nicht abubrechen, sondern nur einen Trauertag zu veranstalten. Man wolle und dürfe sich dem Terror, gleich von welcher Seite, nicht beugen. Bei dieser nicht unumstrittenen Entscheidung hat man auch das Beispiel der XX. Olympischen Spiele in München vor Augen, die trotz eines Terroranschlages zu Ende geführt worden waren.
